



Sozialer Ausgleich und solidarische Systeme in Liechtenstein

Um was geht's?

Grundsatz staatlicher Aufgaben ist es, die Grundbedürfnisse aller zu decken und damit das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund zu stellen. Dies umfasst unter anderem die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, der Gesundheitsversorgung, der Altersvorsorge und der Bildung. Dieser Grundsatz hat sich insbesondere im europäischen Raum über Jahrzehnte bewährt und trägt massgeblich zur Stabilität unserer Gesellschaft bei.

Der Staat steht jedoch unter Druck. Nämlich dadurch, dass die Vertreter:innen der neoliberalen Idee von «weniger Staat, mehr privat» uns ständig einreden wollen, dass der Staat ein schlechter Unternehmer und nur der freie Markt in der Lage sei, die Ressourcen effizienter zu verteilen. Dieser Ökonomisierungsdruck, das Streben nach Ausrichtung auf Marktmechanismen und Wettbewerb führt dazu, dass sich der Druck auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erhöht, sich an ökonomischen Effizienzkriterien orientieren zu müssen. Bereiche wie das Gesundheitswesen, Systeme der sozialen Sicherung aber auch der Bildungsbereich werden angehalten effizienter und damit profitabler zu werden. Dies kann zu Lasten der Qualität und der Zugänglichkeit zu den Systemen gehen. Zudem treiben gewinnorientierte Systeme in der Grundversorgung die Preise in die Höhe.

In vielen Lebensbereichen beobachten wir seit Jahren steigende Kosten. Bloss die Grundbedürfnisse decken zu können, wird für einige Familien, junge Erwachsene und Rentner:innen zur immer grösseren Belastung. Während Kostenpunkte für Mieten, Krankenkassenprämien, Nahrungsmittel und Freizeitangebote grösser werden, steigen die Löhne und Renten nicht in derselben Grössenordnung.

Korrigiert werden soll die zunehmende finanzielle Belastung dieser Bevölkerungsgruppe mit Ausgleichsmechanismen. Das progressive Steuersystem und die AHV-Beiträge sind die bekanntesten Beispiele dafür. Es ist unbestritten, dass es solche Systeme braucht und trotzdem gelangen sie stetig durch Politik und Wirtschaft unter Druck. Symptomatisch dafür steht, dass es immer mehr Menschen gibt, für die trotz (lebenslanger) Erwerbsarbeit am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrigbleibt.

Eine ähnlich besorgniserregende Entwicklung ist im Gesundheitssystem zu beobachten. Hier wissen wir, dass marktorientierte Systeme wie in den USA, aber auch bei uns in Liechtenstein und in der Schweiz zu höheren Kosten für die breite Bevölkerung führen. Systeme mit staatlicher Sicherung wie etwa in einigen Nordischen Ländern weisen tiefere Gesundheitskosten pro Kopf aus. Wirtschaftsverbände und weite Teile der Politik scheuen sich trotzdem nicht, die Schuld an den steigenden Kosten auf die Prämienzahlenden zu schieben. Gleichzeitig besteht kein politischer Wille für eine Reform des Krankenkassensystems, um die durch den demografischen Wandel und die technologischen Fortschritte gewachsenen Kosten sozial verträglich zu gestalten.



Besorgende Entwicklung auch im Armutsbericht dargelegt

Vor diesem Hintergrund wurde letztes Jahr endlich der Armutsbericht veröffentlicht. Auch er vermittelt kein gutes Bild über den Zustand und die Entwicklung der sozialen Sicherheit. Seit 2004 ist die Zahl an armutsgefährdeten Haushalten gemäss Amt für Statistik drastisch von 11.0 % auf 17.1 % gestiegen. Das ist eine Steigerung von mehr als 50 %!

Die durchschnittlichen Mieten sind im Zeitraum 2010-2020 um über 6 Prozent gestiegen. Das Lohnwachstum in diesem Zeitraum beträgt keine 10 Prozent. Für die letzten drei Jahre liegen noch keine Zahlen vor, jedoch sprechen Branchenkenner:innen von weiteren drastischen Kostensteigerungen aufgrund der Corona Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Alleine die steigenden Mieten setzen die Reallöhne stark unter Druck. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist somit eine Hauptsorge, besonders von armutsgefährdeten Personen.

Wegen tiefen Renteneinkommen muss ein grosser Teil der Rentner:innen jeden Rappen umdrehen. Etwa 24 % sind von Einkommensarmut gefährdet. Etwa 35 % sind von Vermögensarmut gefährdet. Die AHV, die ursprünglich als minimale Altersversicherung eingeführt wurde, erfüllt diese Aufgabe mit Maximalrenten von CHF 2380.- schon lange nicht mehr. Reformen für die Altersvorsorge sind auf Eis gelegt, neue Ideen werden abgelehnt.

Was braucht's?

In Zeiten wachsender Herausforderungen für die soziale Sicherheit in Liechtenstein braucht es ein Umdenken im Service Public und im Sozialwesen. Dazu gehört eine Diskussion über die Stärkung der Ausgleichsmechanismen und der solidarischen Systeme.

In der Altersvorsorge, in der Gesundheitsvorsorge oder beim Wohnen muss den steigenden Kosten entgegengetreten werden. Die Debatte um die Elternzeit letzten Monat zeigte den schwierigen Stand von solchen solidarischen Systemen nur zu gut. Laut waren die Stimmen, die vor Missbrauch und dem allgemeinen Untergang der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes warnten. Mit Aussagen wie "ohne den EWR würden wir darüber gar nicht diskutieren" zeigten Abgeordnete und Regierung ihre Abneigung gegenüber neuen Ansätzen, die zu mehr Chancengleichheit und ausgewogenen Belastungen führen würden.

Auch für die Deckung der Gesundheitskosten muss der Grundsatz gelten: Bei der Garantie des existentiellen Minimums muss auf die finanziellen Voraussetzungen der Menschen Rücksicht genommen werden. Die obligatorische Krankenkasse wird in Liechtenstein von Seiten der Prämienzahlenden durch eine Kopfprämie gedeckt. Das heisst, dass die Versicherten grundsätzlich alle die gleichen Beträge zahlen. Es wird keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Person genommen. Stattdessen gibt es eine separate Prämienverbilligung, die per Formular beim Amt für Soziale Dienste beantragt werden muss. Die so gern zitierte Volkswohlfahrt gerät hier zur Farce, denn das bestehende System schikaniert Menschen mit niedrigem Einkommen und macht sie zu Bittstellenden. Zudem findet keine Unterscheidung zwischen Menschen mit durchschnittlichem und sehr hohem Erwerb statt.

Der Grundsatz, dass die Grundversorgung in jeder Hinsicht garantiert sein muss, hat auch in der Gesundheitsversorgung zu gelten. Es wäre angemessen, ein System zu schaffen, das Rücksicht auf die wirtschaftliche Ausgangslage der Menschen nimmt, ohne ihnen Steine in den Weg zu legen.



Fragen

Basierend auf den obigen Erläuterungen lädt die Freie Liste die Abgeordneten ein, über folgende Fragen zu diskutieren:

1. Wie kann ein Kaufkraftverlust in der breiten Bevölkerung kompensiert werden?
2. Wie können soziale Ausgleichsmechanismen und das System der sozialen Sicherung gestärkt werden?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass die grundlegenden Bedürfnisse und das Wohlergehen der Bevölkerung nicht durch das Streben nach wirtschaftlichem Gewinn untergraben werden?

Quellen

Armutsgefährdung und Armut 2020 - Amt für Statistik
https://www.statistikportal.li/statistikportal/publications/412-armutsbericht/2020/01/1/412.2020.01.1_01_armutsgefaehrdung-armut-2020.pdf
Lohnstatistik 2020 - Amt für Statistik
Mietpreise 2020 - Amt für Statistik
Konsumentenpreisindex 2023 - Amt für Statistik
OECD 2023
AHV-Rententabelle